

Zumwinkel beklagt unfaire Behandlung

DÜSSELDORF. Deutschlands bekanntester Steuersünder Klaus Zumwinkel fühlt sich von den Justizbehörden bewusst an den Pranger gestellt. »Als Prominenter wird man anders behandelt als Menschen, die nicht so im Licht der Öffentlichkeit stehen«, sagte der wegen Steuerhinterziehung zu einer Bewährungsstrafe verurteilte Ex-Post-Chef. Er kritisierte zudem, dass bei seinem Verfahren gegen mehrere Gesetze verstoßen worden sei. Sein Vertrauen in den Rechtsstaat habe darunter gelitten, sagte er. Zumwinkel beklagte vor allem, dass der Termin und die Tatsache seiner Hausdurchsuchung im vergangenen Februar öffentlich bekannt geworden seien. Zudem sei es verboten, Akten mit Steuerdaten und persönliche Eindrücke aus der Durchsuchung weiterzugeben. »Der Verrat von Informationen kam von Seiten der Behörden«, sagte der Manager. Aus diesen Gesetzesbrüchen sei dann seine »mediale Hinrichtung« geworden. »Ich habe meine Fehler gemacht, und die Behörden haben ihre Fehler gemacht.« AP



»TATSÄCHLICH, EIN ACHT-ZYLINDER!«

»Amt und Mandat trennen«

Lasse Becker: Der 25-jährige Chef der hessischen Jungen Liberalen fordert Neuanfang und Selbstkritik der CDU

Die Jungen Liberalen (Juli) haben oft ihren eigenen Kopf – auch in der Diskussion um die Trennung von Amt und Mandat in der Regierungsverantwortung der FDP. Darüber und über andere Koalitionsthemen sprach unsere Mitarbeiterin Petra Wettlaufer-Pohl mit Hessens Juli-Chef Lasse Becker.

Herr Becker, die designierten FDP-Minister Jörg-Uwe Hahn und Dieter Posch haben angekündigt, ihre Landtagsmandate nicht abgeben zu wollen. Warum sind die Jungen Liberalen dagegen?

Wir sind grundsätzlich davon überzeugt, dass man Amt und Mandat trennen sollte. Das Parlament hat die Aufgabe, der Regierung auf die Finger zu schauen, dazu braucht man eine starke, eigenständige Fraktion, die dann auch gegenüber dem Koalitionspartner ihr Profil besser schärfen kann. Aber natürlich gibt es auch die Freiheit des Mandats, die wir nicht beeinflussen wollen. Wir werden das beim Parteitag im März diskutieren.

Wie stark wiegt, dass man als Minister für das Mandat auch noch einen Teil der Diäten bekommt?

Ich denke, das spielt nur eine sehr geringe Rolle.

Die neue Fraktion hat 20 Mitglieder, aber nur zwei Frauen, die zudem schon länger dabei sind. Ist das nicht ein Armutszeugnis?

Wir bedauern das. Das Problem muss die FDP mit Blick auf die nächste Legislaturperiode angehen. Was die öffentliche Wahrnehmung der Frauen betrifft, sind unsere beiden Abgeordneten Nicola Beer und Dorothea Henzler aber wesentlich bekannter als viele Frauen in anderen Fraktionen. Sie haben maßgeblich zur Positionierung der hessischen FDP-Fraktion beigetragen.

Welche Inhalte sind für die Julis wichtig in den Koalitionsverhandlungen?

Für uns gibt es den Dreiklang Wirtschaft, Bürgerrechte, Bildung. Wenn unser Wahlslogan »Unser Wort gilt« tragen soll, müssen wir gerade bei den Bürgerrechten auch liefern. Es darf keine Online-Durchsuchungen geben, das ist ein klarer Parteitagebeschluss der Liberalen und dafür müssen wir auch kämpfen.



»Für uns gibt es den Dreiklang Wirtschaft, Bürgerrechte, Bildung.«

Es gibt auch den Parteitagebeschluss, die Gymnasialzeit in der Ober- statt der Mittelstufe zu verkürzen. Der gilt offensichtlich aber nicht.

Im praktischen Regierungshandeln kann man an Beschlüssen der Kul-

tusministerkonferenz KMK nicht einfach vorbei. Aber man könnte durchaus einen Schulversuch machen. Ist der erfolgreich, dann ließe sich auch in der KMK wieder darüber diskutieren.

Wird es wieder Studiengebühren geben?

Nein, für das Erststudium, wie beschlossen, auf keinen Fall. Über Gebühren für Zweit- und Langzeitstudium sollte man noch mal reden.

Sie selbst sind Nordhessen – welche Themen spielen für Sie eine Rolle außer den stets erwähnten Autobahnen und dem Flughafen Kassel-Calden?

Es gibt nicht nur diese Themen, jedenfalls nicht bei der FDP. Genauso wichtig sind die Mobilitätswirtschaft, die regenerativen Energien und die Tourismusförderung. Die Vernetzung mit der Universität ist auch ein wichtiger Faktor.

Was wünschen Sie sich von der CDU in der Koalition?

Dass sie selbstkritisch auf die vergangenen Jahre der Alleinregierung schaut und aus ihren Fehlern lernt. Hessen braucht einen Neuanfang.

Kommentar

Unpassende Antworten

Klaus Erich
zu Shoa-Gedenken
und Gaza-Krieg



Es geht um Tragödien von ungeheurem Ausmaß – und gekränkte Eitelkeiten: Ausgerechnet zum 64. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz hängt der Hausseggen zwischen Deutschen und Juden schief. Die Spitze des Zentralrats der Juden boykottiert die Gedenkstunde des Bundestages mit der Begründung, dass ihre Funktionsträger während der Feierstunde nicht namentlich begrüßt würden.

Vor dem Hintergrund von Millionen Toten des Holocaust ist diese Absage von Zentralratspräsidentin Charlotte Knobloch an den Bundestag völlig unverständlich. Auch die Tatsache, dass der Zentralrat seit dem Gaza-Krieg verstärkt zur Zielscheibe des Judentums geworden ist, kann keine Rechtfertigung dafür sein, das deutsche Parlament mit Missachtung zu strafen.

Hier haben die Verfasser antisemitischer Droh- und Schmähschriften im Internet offenbar ihr Ziel erreicht: Nämlich diejenigen auseinanderzubringen, die eigentlich guten Willens sind.

Aber offensichtlich fehlte es auch dem Deutschen Bundestag am nötigen Feingespür. Eine Begrüßung einiger Verbandsvertreter, wie das der Zentralrat seit Jahren fordert, – was wäre schon dabei gewesen? Zumal diese Überlebende des Holocaust sind. Klang nicht gerade in den Reden zur Fei-

erstunde immer wieder an, wie wichtig es ist, mit Zeitzeugen zu reden? Sich hinter die Zwänge eines Protokolls zu flüchten, das Namensnennungen nicht zulässt, ist kleinkariert.

Aber der Missverständnisse nicht genug: Jetzt hat auch Papst Benedikt XVI. seinen Beitrag zur Antisemitismusdebatte geleistet. So großzügig wie das Kirchenoberhaupt die Exkommunikation der von Rom abgefallenen Bischöfe der Pius-Bruderschaft aufhob, so großzügig wischte Benedikt auch alle Bedenken an einem der vier Würdenträger beiseite, der als Leugner des Holocaust gilt. Die Argumentation des Vatikans, dass das eine nichts mit dem anderen zu tun habe, ist kleinlich. Zurecht sind die Vertreter jüdischer Organisationen verärgert.

Unpassend ist aber auch etwas anderes: Der Krieg Israels gegen den Gaza-Streifen als Antwort auf den fortwährenden Raketenbeschuss durch die Hamas. Hier geht es nicht um Eitelkeiten oder kirchenrechtliche Spitzfindigkeiten, sondern um Leben und Tod.

Man kann den Juden in Deutschland nicht zum Vorwurf machen, dass ihr Herz für Israel schlägt. Gleichwohl darf man von ihren Organisationen eine differenzierte Sichtweise darüber erwarten, was dort an Grausamkeiten geschieht. Das allerdings fällt schwer in einem Klima, in dem zunehmend deutsche Juden mit Israelis gleichgesetzt werden.

④ Ihre Meinung zum Thema:
lesermeinung@main-echo.de

IMPRESSUM

Verlag und Druckerei: Main-Echo GmbH & Co. KG, Weichertstraße 20, 63741 Aschaffenburg, Postfach 10 07 48, 63705 Aschaffenburg, Telefon 0 60 21 / 39 60, Telefax 0 60 21 / 39 64 99, www.main-netz.de

Geschäftsführer: Ulrich Eymann, Reinhard Golembiewski;

Chefredaktion: Claus Morhart, Martin Schwarzkopf (stv., Chef vom Dienst);

Regionalredaktion: Gabriele Fleckenstein (leitende Redakteure: Peter Freudenberger, Thomas Jungeweller, Barbara Löffel); **Politik und Wirtschaft:** Renate Englert (leitende Redakteure: Martin Flenner, Manfred Petz); **Kultur:** Stefan Reis (Jürgen Overhoff, stv.); **Sport:** Manfred Fendrich (Günter Ruppel, stv.); verantwortlich für **Anzeigen:** Reinhard Fresow, Werner Naumann

(sämtlich in Aschaffenburg, Weichertstraße 20). Für den Verkauf von Anzeigen gilt zurzeit die Preisliste Nr. 55 vom 1. 1. 2009.

Bezugspreis bei Trägerzustellung 23,70 Euro, bei Postzustellung 26,50 Euro (jeweils einschl. Zustellgebühr und 7 % MwSt.). Bei Ausfall der Zeitung infolge höherer Gewalt (u. a. Streik, Unterbrechung des Arbeitsfriedens) besteht kein Ersatzanspruch. Abbestellungen nur schriftlich an den Verlag, spätestens 6 Wochen zum Quartalschluss.

Für die Übernahme von Artikeln in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, www.presse-monitor.de oder Telefon 0 30 / 28 49 30.

»Skandalöse Rehabilitation des Holocaust-Leugners«

Pressestimmen: Kritik an der Entscheidung des Papstes

ROM. Zur Wiederaufnahme exkommunizierter Bischöfe in die Kirche durch den Papst schreibt das Blatt »El País«: »Der Papst machte mit seiner Entscheidung deutlich, welchen Stempel er seiner Amtszeit aufdrücken möchte.«

Der Wiener »Kurier« schreibt: »Dass Benedikt XVI. rund um den 50. Jahrestag der Ankündigung des Zweiten Vatikanischen Konzils vier exkommunizierte Lefebvre-Bischöfe wieder in den Schoß der römisch-katholischen Kirche aufnahm, ist an sich schon eine Zumutung: Die kleine traditionalistische Schar lehnt den frischen Geist des Zweiten Vatikanums ab, der der Kirche in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts den nötigen Modernisierungsschub brachte. Diese Tatsache könnte man noch als innerkirchliches Problem

sehen, dass einer dieser vier Bischöfe aber den Holocaust leugnet, ist nicht nur Gift für den katholisch-jüdischen Dialog, sondern schlicht inakzeptabel, seine Rehabilitation ein Skandal.«

Die »Neue Zürcher Zeitung«: »Dass sich unter den vier traditionalistischen Bischöfen ein unverschämter Holocaust-Leugner befindet, mag Zufall oder angesichts der einstigen antijüdischen Propaganda in der katholischen Kirche auch kein Zufall sein. Die Peinlichkeit des päpstlichen Entgegenkommens im Fall Williamson wird nur dadurch gemildert, dass dieses ja keineswegs dessen bischöfliches Amt betrifft. Rehabilitiert wurde Williamson als gewöhnlicher Katholik, nicht als ein vom Papst beauftragter Bischof und gar nicht als Holocaust-Leugner.« dpa

Dicke Luft und starker Tobak

EU: Raucher-Bündnis darf nicht im Parlament tagen – Die Zigarettenfans treffen sich daraufhin in einem Hotel

Von Detlef Fechter

Dicke Luft in Brüssel – wieder einmal wegen des Rauchens. Die einen werfen den anderen vor, sich skandalös zu verhalten. Die anderen halten den einen wiederum entgegen, die Würde des EU-Parlaments zu untergraben. Starker Tobak.

Ausgangspunkt des Streits: Ein untrübes Bündnis von hartnäckigen Rauchern – die »Internationale Koalition gegen Prohibition« – will sich gerne im EU-Parlament zu einer Tagung versammeln, um Dampf abzulassen, weil sich die Zigarettenfans gegängelt füh-

len. »Rauchverbote und Lügen« nennen die Veranstalter ihre Konferenz – wahrscheinlich eine der kürzesten Kriegserklärungen der Welt.

Der Titel ist Programm. Die Lungenzug-Aktivistinnen wollen ein paar in Ruhestand gegangene Wissenschaftler aufbieten, die den Nachweis führen sollen, dass nicht nur Rauchen der Gesundheit schadet, sondern auch erzwungenes Nichtrauchen. Von den psychischen Auswirkungen verbotenen Nikotinkonsums soll die Rede sein, von Müdigkeit, Motivationsproblemen und

Abgespanntheit. Die Provokation gelingt. Kaum sind die Pläne bekannt, läuft ein Bündnis von Gesundheitslobbyisten Sturm gegen die Veranstaltung. Das Präsidium des EU-Parlaments entschließt sich letztendlich dazu, von seinem Recht als Hausherr Gebrauch zu machen und die Konferenz im EU-Parlament zu verbieten – weil

solche Veranstaltungen »niemals einen kommerziellen Zweck haben dürfen« – und erst recht keinen Sponsor.

»Unverschämtheit«, schimpft das Raucher-Bündnis über den Vorwurf,

von der Zigarettenlobby finanziert zu werden. Und bezichtigt im Gegenzug die Kontrahenten, »mit der Pharmaindustrie verbandelt zu sein« – ein typischer Reflex in Europas Hauptstadt der hauptamtlichen Einflüsterer und Interessenvertreter.

Die Veranstaltung steht kurz auf der Kippe. Schließlich entscheiden sich die Tabak-Kämpfer, trotzdem zu tagen und nur den Veranstaltungsort zu verlegen. Jetzt versammeln sie sich im Hotel Silken. Einige vielleicht vor dem Hotel. Denn in der Lobby, den Konferenzräumen und den meisten Hotelzimmern herrscht Rauchverbot.

Brüsseler Spitzen

HALLO SOUND. TSCHÜSS KABEL!

Bisher: Klassisches 5.1 Surround System

- 5 separate Lautsprecher
- herumliegende Kabel
- herumstehende Boxenständer
- separater Subwoofer
- separater Surround-Receiver
- verschiedene Fernbedienungen

Neu: Virtual Surround Systeme CTA1/CTA2

- integriertes Lautsprecher-System
- keine herumliegende Kabel
- keine Boxenständer
- integrierter Subwoofer
- integrierter Surround-Receiver
- eine einzige Fernbedienung

Endlich ein Männermöbel, das auch Frauen gefällt

Neu im Möbelforum: CATENA. Das elegante Möbel mit vollintegrierten Virtual Surround Soundsystem.

Mehr darüber ab sofort im Möbelforum und im Internet:
www.moebelforum.de

Möbelforum Bürgstadt
CREATIVES EINRICHTEN

Miltenberg-Bürgstadt, direkt a.d. Abfahrt Bürgstadt-Nord

Möbelforum Bürgstadt, Philipp Reichert + Sohn, 63927 Bürgstadt, Kolpingstr.2 Tel. 09371-2335 Mo-Fr. 9.30 -18.00, Sa. 9.30-16.00 Uhr

i Aus Richtig, Aschaffenburg jetzt noch schneller erreichbar durch die neue Mainbrücke!